

Antragsmappe

zum 1. Schülerinnen- und
Schülerparlament



Antrag Nr. 1

Schule 2.0

von: Erwin Kiewek

Ein Großteil der Schüler_innen hält sich im Internet, in sozialen Plattformen wie Facebook oder Twitter, auf. Doch den richtigen Umgang mit den sogenannten „neuen Medien“ beherrschen nur die wenigsten richtig. Viele von uns geben private Informationen von uns bekannt und stellen diese für jeden zugänglich ins Netz. Nur die wenigsten machen sich Gedanken welche Informationen sie wirklich öffentlich machen, dadurch können zukünftige Arbeitgeber_innen sich leicht ein negatives Bild machen und Bewerbungsgespräche werden auf Grund des digitalen Profils erst gar nicht geführt.

Unser Ziel sollte daher sein, dass an Schulen Medienkompetenz (Medienkompetenz bezeichnet die Fähigkeit, Medien und ihre Inhalte den eigenen Zielen und Bedürfnissen entsprechend zu nutzen.) vermittelt wird - und zwar bereits in der Unterstufe.

Oft reicht es, viele Jugendliche, auf die Gefahren hin zu weisen, denn wenn alle von uns wissen würden was beispielsweise Facebook mit unseren Daten macht und wie diese genutzt werden würden wir anders mit dem Internet umgehen, oder?

Der richtige Umgang mit den neuen Medien muss also gelernt sein und jede_r Schüler_in sollte bereits in der Unterstufe auf die Gefahren aber - auch den zweifelsohne großen Nutzen hingewiesen werden.

Denn wer das Internet richtig beherrscht kann es mit all seinen Vorteilen für sich nutzen und gibt von seiner Persönlichkeit nichts bekannt.

Daher fordern, dass der richtige Umgang mit dem Internet bereits in der Unterstufe unterrichtet wird, und Medienkompetenz als fixer Bestandteil in den Unterstufen aller Schultypen wird. Somit werden letztendlich auch Jugendliche vor sich selbst geschützt.

Junge Lehrer_innen sind oft selbst im Internet aktiv und können den Schülern die Gefahren durch Erfahrungswerte weitergeben.

Der richtige Umgang mit Facebook & Co muss gelernt sein, dies muss an den Schulen getan werden und dies geht durch Medienkompetenz!

Forderungen

- Medienkompetenz im Lehrplan als fixen Bestandteil zu verankern und zu lehren
- "Neue Medien" im Unterricht zu nutzen und die notwendige technische Infrastruktur in Schulen für Schüler_innen zugänglich zu machen.
- Eltern mit einzubinden um die Veränderungen im Lernprozess zu unterstützen

Antrag Nr. 2

Her mit dem Jugendguide

von: Yasin Gülbas

Für Jugendliche in Salzburg wird einiges getan, ob es genug ist, darüber lässt sich streiten. Jedoch wissen Jugendliche über viele Angebote nicht Bescheid, wodurch sie diese leider nicht in Anspruch nehmen können.

Es ist wichtig Jugendliche über mögliche und zentrale Freizeitaktivitäten zu informieren, deshalb muss eine Broschüre her, welche Jugendliche über verschiedene Angebote in ganz Salzburg informiert.

Forderungen

- Einen „Jugendguide“. Dieser soll enthalten:
- Jugendguide JASIN
- nach dem Wiener Modell
- Vereine von Salzburg
- Nachtlokale
- wichtige Lokale günstige
- Sportmöglichkeiten
- wichtige Telefonnummern (Taxi)
- Stadtplan
- Jugendschutzgesetz
- Gewaltprävention
- günstige Essensmöglichkeiten
- Kunst und Kultur

Antrag Nr. 3

Schuljahresbeginn am Mittwoch

von: Philipp Emberger

Eine Situation, die sich jeder von uns kennt:

Montag, erster Schultag nach neun Wochen Sommerferien. Ein geregelter Ablauf der Schule ist noch nicht möglich, da noch viele Schülerinnen und Schüler Nachprüfungen schreiben müssen. Diese Nachprüfungen entscheiden oft über wichtige Angelegenheiten, wie zum Beispiel, ob eine Klasse weitergeführt werden kann oder nicht. Der Stundenplan ist ein provisorisch erstellter, der sich auf Grund von vielen Faktoren auch wieder ändern wird im Laufe der Schulwoche.

Bis vor ein paar Jahren war es auch noch so, dass der Unterricht erst am Mittwoch begonnen hat und am Montag und Dienstag die Nachprüfungen in aller Ruhe geschrieben werden konnten. Somit war es auch aus administrativer Sicht möglich, alle Klassen am Mittwoch mit fixen Informationen zu versorgen. Ziel der Vorverlegung des Schulstartes war es eine Schuleingangsphase zu schaffen. Eine wirkliche Schuleingangsphase sieht anders aus.

De facto sitzt man in der Schule, alles geht drunter und drüber und von einem ordentlichen Ablauf ist nicht viel zu spüren.

Mit einem Schulstart am Mittwoch in der ersten Schulwoche könnten wir alle diese Probleme aus der Welt schaffen. Die Nachprüfungen sind alle geschrieben, die Schülerinnen und Schüler sind sich im Klaren in welchen Klassen sie unterrichtet werden und die Klassengröße, Klassenteilungen und Lehrpersoneneinteilung wären am Mittwoch bereits fixiert. Somit ist für alle Schulpartner ein Schulstart ohne Stress und Hektik möglich.

Daher wollen wir uns dafür einsetzen, dass der erste Schultag für alle Schülerinnen und Schüler wieder am Mittwoch in der ersten Schulwoche sein soll.

Forderungen

- Wiederholungsprüfungen am Montag und Dienstag in der ersten Schulwoche
- einen geregelten Schulalltag für alle Schülerinnen und Schüler ab Mittwoch in der ersten Schulwoche

Antrag Nr. 4

behindertengerechte Einrichtungen in Salzburgs Schulen

von: Felix Donnerbauer

In vielen Schulen Salzburgs sind behindertengerechte Einrichtungen nicht vorhanden außerdem werden sogenannte behinderte Menschen oft auf Sonderschulen abgeschoben und somit in keinster Weise integriert.

Integration ist und muss ein aktiver Prozess sein!

Forderungen

- behindertengerechte Einrichtungen an allen Schulen Salzburgs, die überprüft und auf den neuesten Stand gebracht werden.
- Es müssen konkrete Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Menschen mit Behinderung im Unterricht, sei es nun Leibesübungen oder Werkerziehung, gesetzt werden.

Antrag Nr. 5

Politische Bildung

von: Viktoria Wimmer

In Österreich wurde wie so oft der zweite Schritt vor dem ersten gemacht: Prinzipiell ist es ein guter Ansatz der Jugend mehr Mitspracherecht zu geben, das Wahlalter auf 16 Jahre herunter zu setzen und uns somit ein früheres Mitspracherecht zu gewähren.

Um ein demokratisches Wahlsystem gewährleisten zu können müssen wir Jugendliche bereits früher demokratisch gebildet werden. Welchen Sinn hat es, ab 16 wahlberechtigt zu sein, doch die dafür notwendige Bildung zu spät zu bekommen? Auch scheitert der gute Gedanke, Politik und Demokratie früher kennen zu lernen, daran, dass zwei große Themengebiete wie Geschichte und Recht mit politische Bildung zusammengefasst werden. Es ist nicht verwunderlich, wenn eines der beiden Fächer, meist politische Bildung, zu kurz kommt.

Wäre es nicht erstrebenswert, uns Jugendlichen mehr Informationen zu geben und unser Interesse zu fördern? Denn es besteht kein Zweifel, dass in einer Demokratie die Macht laut Verfassung vom Volk ausgeht. Deshalb ist es unbedingt notwendig, dass jeder ein ungefähres Wissen aufweisen kann. Es ist essenziell für unsere Zukunft, ein gewisses Demokratieverständnis vermittelt zu bekommen.

Ganz laut dem Zitat von Rosa Luxemburg:

„Unpolitisch sein heißt politisch sein, ohne es zu merken“

Forderungen

- Die Einführung des selbstständigen Unterrichtsfachs „politische Bildung“
- Politische Bildung soll ab der 6. Schulstufe mindestens 1 Wochenstunde in Anspruch nehmen
- Für dieses Fach soll es eigens ausgebildete Lehrpersonen geben

Antrag Nr. 6

Schluss mit Gewalt

von: Caroline Embacher

Ein großes Defizit in unserem heutigen Bildungssystem ist der richtige Umgang mit Gewalt an Schulen. Mobbing, Gruppendruck, verbale Gewalt etc. sind für viele Schüler/innen Salzburgs zum Alltag geworden. Folgen wie Schulangst, Dauerschwänzen und schlechte Noten entstehen durch die Vernachlässigung dieses aktuellen und wichtigen Themas.

Um dies zu ändern, sollen in allen Schulen Peer-Mediatoren/innen, sowie Schulpsychologen/innen zur Verfügung stehen. Weiters sollen alle Schüler/innen die Möglichkeit haben, sich selbst als Peer-Mediatoren/innen ausbilden zu lassen und wiederum den folgenden Generationen als Streitschlichter und Ansprechpartner zur Seite zu stehen. Dadurch können die oben genannten Probleme verringert oder gar verhindert werden, und es entsteht ein angenehmes Schul- und Lernklima.

Forderungen

- Peer-Mediatoren/innen an allen Schulen sowie
- die Möglichkeit für Schüler/innen und Lehrer/innen an Schulen die Ausbildung zum/r Peer-Mediator/in zu machen.
- Schulpsychologen/innen an allen Schulen mit fixen Anwesenheitszeiten.
- Mentorenprogramm -> Aufklärung über Zivilcourage und Verantwortungsbewusstsein in der 6. Schulstufe

Antrag Nr. 7

Erste Hilfe – weil jede Minute zählt!

von: Moritz Dragosits

Jeder Mensch kann einmal in die Situation kommen, erste Hilfe zu benötigen, und ist dann darauf angewiesen, dass ein Ersthelfer oder eine Ersthelferin zur Stelle ist. Je mehr Menschen erste Hilfe leisten können, desto größer wird diese Chance.

Mit erster Hilfe beginnt die Rettungskette. Funktioniert diese, so können häufig bleibende Schäden vermieden und im Extremfall sogar Leben gerettet werden.

Jeder Tote ist einer zu viel! Deshalb müssen wir jetzt handeln um auch in Zukunft verlässliche HelferInnen in einer Unfallsituation zu haben. Es muss sichergestellt werden, dass jeder Jugendliche im Laufe seiner Schullaufbahn einen Erste Hilfe Kurs absolviert. Bei dieser einmaligen Ausbildung darf es aber nicht bleiben.

Jede_r kann in eine Situation kommen, in der ihm/ihr gut ausgebildete Jugendliche das Leben retten könnten. Wenn nun eine Diskussion über die Kosten entfacht wird, dann stellen wir uns die Frage, wie viel kostet ein Menschenleben, das gerettet werden könnte.

Forderungen

- verpflichtende Erste Hilfe Kurse in der 9. Schulstufe im Ausmaß von 16 Stunden.
- Auffrischkurse zu je 6 Stunden:
 - Berufsschule – 2. Klasse (zusätzlich zum Unterricht, Anrechnung auf Arbeitszeit)
 - BMHS – 3. und 5. Klasse (während der Schulzeit)
 - AHS – 7. Klasse (während der Schulzeit)
- die Kostenübernahme der Kurse durch Bund, Land und Betriebe.

Antrag Nr. 8

Beratung für Alle

Im Halbjahreszeugnis der ersten Klassen im Schuljahr 2011 überwiegen die Noten Genügend und Nicht Genügend.

Das Niveau der ersten Klassen ist in den letzten Jahren auf ein schon fast beschämendes Maß gefallen. So wohl der Notenstand als auch der Respekt gegenüber der Lehrpersonen lassen sehr stark zu wünschen übrig. Dadurch ist auch das Verhalten in der Klasse kein Gutes nicht.

Genauso werden Plätze in den Schulen von Schülern besetzt, die nur das 9. Schuljahr vollenden wollen und diese nehmen kompetenten Schülern den Bildungsplatz weg.

In Folge dessen sinkt das Klassenniveau und es kommt zu einer großen Ausschlussrate nach der ersten Klasse.

unser Ziel sollte daher sein, dass Niveau in den ersten Klassen wieder zu heben.

Somit käme es zu einer Erleichterung der Erarbeitung des Lernstoffs und es würde wiederum zu einem besseren Klassenklima führen.

Darum unterstützt diesen Antrag damit sich höhere Schulen auch weiterhin als solche bezeichnen können!

Forderungen

- verpflichtende qualifizierte Beratung für alle SchülerInnen, in der Unterstufe im Bezug auf den weiteren Bildungsweg
- zusätzliches Angebot von Informationen über Österreichs Schulen

Antrag Nr. 9

mehr Einblick in die Notengebung „Die gläserne Note“

von: Isabella Langer

Leider passiert es noch viel zu oft, dass LehrerInnen die Noten der SchülerInnen nach Sympathie verteilen und man keinen Einblick in die Notengebung und Aufzeichnungen der LehrerInnen hat. Das hat zur Folge, dass SchülerInnen ungerechterweise schlechtere Noten als verdient bekommen und sich das unnötig auf den Notenschnitt auswirkt. Deshalb soll der Lehrer/die Lehrerin am Anfang des Schuljahres der gesamten Klasse preis geben wie seine/ihre Note zu Stande kommt. Das bedeutet, mit wie viel Prozent die Mitarbeit, die Hausübungen etc. gewertet werden. Außerdem sollte es dem Schüler/der Schülerin jederzeit möglich sein, Einblick in die Aufzeichnungen nehmen zu können um zu sehen wie er/sie in den einzelnen Teilbereichen steht und wie daraus die Gesamtnote entsteht. Das hat zur Folge, dass der Lehrer keine Note mehr willkürlich, bzw. aus Sympathie geben kann und jeder Schüler/jede Schülerin gleiche Chancen hat.

Forderungen

- Jederzeitige Einsicht in die Notengebung
- Klar ersichtliche Zusammensetzung der Note
- Keine Note mehr aus Sympathie

Antrag Nr. 10

Baustelle Schule?

von: Tamara Walkner

Derzeit gleichen viele Salzburger Schulen eher einer Baustelle, als dem Lebensraum Schule. Es fehlt an wichtigen Unterrichtsgegenständen wie Beamer oder sogar genügend Kreiden. Auch sind zu wenig Seife und Klopapier an den Toiletten keine Seltenheit. In vielen Schulen herrscht Platzmangel und SchülerInnen müssen in kalten Containerklassen oder provisorischen Klassenräumen untergebracht werden.

Es gibt an den wenigsten Schulen Aufenthalts- und Lernräume, in welchen sich Schüler_innen in Mittagspausen oder Freistunden zurückziehen können. Viele Schulen sparen so weitgehend ein, dass Laptopklassen nicht einmal mit dem Internet arbeiten können weil dieses, aufgrund von zuwenig Investitionen permanent überlastet ist. Auch müssen SchülerInnen oft in den Klassenräumen frieren. Viele Schulen sind längst baufällig und können mit neueren Sicherheitsbestimmungen nicht mehr mithalten. Ebenfalls sind die wenigsten Schulen Salzburgs barrierefrei (z.B. Rollstuhl gerecht).

Forderungen

- ausreichend Hygieneartikel an allen Schulen
- die sofortige Verbesserung der Infrastruktur an allen Schulen wo dies nötig ist
- Genügend Aufenthalts- und Lernräume für alle SchülerInnen
- Genügend gut funktionierende Computer, welche für alle Schüler_innen öffentlich zugänglich sind & Internetzugang
- Barrierefreiheit an Salzburgs Schulen
- Baubeginn ab der letzten Schulwoche im Sommer
- mehr Geld für Schulen

Antrag Nr. 11

Praxistest und Lehrabschlussprüfung!

von: Teresa Christall

Mit der Novelle des Berufsausbildungsgesetzes im Jahr 2008 wurde die Förderung der betrieblichen Ausbildung – also die Lehrstellenförderung – neu organisiert. Seither steht den Betrieben ein Fördervolumen von jährlich 265 Millionen Euro zur Verfügung. Die Lehrstellenförderung gliedert sich in mehrere verschiedene Förderungen.

Ein wesentlicher Bestandteil der neuen Förderrichtlinie ist der Praxistest, also der Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit. Bei diesem Praxistest sind jene Betriebe förderbar, deren Lehrlinge zur Hälfte der Lehrzeit an einem qualitätsbezogenen Ausbildungsnachweis teilnehmen. Weiters müssen die Betriebe, um in den Genuss der Förderung zu kommen, parallel zur Ausbildung eine Ausbildungsdokumentation zum Nachweis der im Betrieb vermittelten Fertigkeiten und Kenntnisse des Berufsbildes führen. Außerdem müssen alle Lehrlinge eines Ausbildungsjahrganges oder Lehrjahres an dem Praxistest teilnehmen.

Sind all diese Voraussetzungen erfüllt, bekommt der Betrieb eine Förderung in Höhe von 3.000 Euro pro Lehrling, der den Praxistest positiv absolviert. Sollte ein Lehrling den Praxistest nicht bestehen aber die Lehrabschlussprüfung beim erstmaligen Antreten bestehen, bekommt der Betrieb eine Förderung in Höhe von 1.500 Euro. Hier muss lediglich die Ausbildungsdokumentation bis zum Ende der Lehrzeit weiter geführt werden.

Gleichgültig ob die Lehrlinge diesen Praxistest positiv oder negativ absolvieren, die Betriebe bekommen eine Förderung. Ähnlich verhält es sich bei der Lehrabschlussprüfung. Hier kommen jene Betriebe in den Genuss einer Förderung, deren Lehrlinge beim erstmaligen Antritt zur Lehrabschlussprüfung einen ausgezeichneten oder einen guten Erfolg erreichen. Hier beträgt die Förderhöhe 200 Euro für einen guten Erfolg bzw. 250 Euro für einen ausgezeichneten Erfolg.

Sowohl beim Praxistest als auch bei der Förderung für die mit ausgezeichneten oder guten Erfolg abgelegte Lehrabschlussprüfung bekommen lediglich die Betriebe die Förderung. Es steht jedoch außer Frage, dass die Lehrlinge ebenfalls einen Beitrag leisten. Daher ist es höchst an der Zeit die Lehrlinge an den Förderungen zu beteiligen.

Im Bereich der Praxistests müssen die Lehrlinge zumindest 50 Prozent der Fördersumme als Prämie ausbezahlt bekommen. Im Bereich der Lehrabschlussprüfung sind den Lehrlingen 100 Prozent der Fördersumme auszubezahlen.

Forderungen

- eine kollektivvertragliche Regelung der Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung (Ausbildungsnachweis zur Mitte der Lehrzeit). Hier ist festzulegen, dass Lehrlinge in jedem Fall mind. 50% der an die Betriebe ausbezahlten Förderung erhalten
- Dem Lehrling ist eine Vorbereitungszeit für den Praxistest zur Mitte der Lehrzeit und für die Lehrabschlussprüfung im Ausmaß von je einer Arbeitswoche unter Entgeltfortzahlung zu gewähren
- eine kollektivvertragliche Regelung der Richtlinie zur Förderung der betrieblichen Ausbildung (ausgezeichnete und gute Lehrabschlussprüfungen). Hier ist festzusetzen, dass Lehrlinge in jedem Fall 100% der an die Betriebe ausbezahlten Förderungen erhalten.

Antrag Nr. 12

landesweite Nachhilfeplattform "pupils 4 pupils"

von: Thomas Bacher

Oft benötigt man Unterstützung beim Lernen, für eine Schularbeit oder generell einen Nachhilfelehrer oder eine Nachhilfelehrerin. Dies ist in der Regel jedoch nur selten umsetzbar, da es bei gängigen Nachhilfeinstitutionen wie "Schülerhilfe" oder "Lernquadrat" oft sehr umständlich ist bis man einen Platz bekommt.

Solche Lernplätze stellen oft eine weitere finanzielle Belastung für viele Familien dar. Deshalb ist für viele Nachhilfe nehmen nicht leistbar, was wiederum enorme negative Folgen für uns Schüler/innen haben kann. Sei es ein Nicht Genügend, das Wiederholen einer Klasse oder gar das Verlassen der Schule.

Wir benötigen dringend eine landesweite Online - Plattform im Internet, wo sich Jugendliche registrieren und Nachhilfe anbieten können. Wenn nun jemand Nachhilfe benötigt, kann er/ sie auf dieser Seite eine Person, die in demjenigen Fach Nachhilfe gibt, ausfindig machen und mit dieser Kontakt aufnehmen.

Die Nachhilfelehrer/innen bekommen hierfür einen kleinen Betrag (ca zw 5-10), können sich dadurch ihr Taschengeld aufbessern und wiederholen nebenbei den bisher gelernten Stoff.

Ich bin der Meinung, dass in diesem Bereich dringend etwas geschehen muss, da jedem/jeder ausnahmslos der Zugang zu einer erschwinglichen Nachhilfe ermöglicht werden sollte!!

Wir wollen Chancengleichheit für alle, ermöglicht durch leistbaren Nachhilfeunterricht!

Forderungen

- eine landesweite Online - Nachhilfe Plattform
- einen leistbaren Nachhilfeunterricht für uns Schülerinnen & Schüler
- SchülerInnen helfen SchülerInnen an allen Schulen
- Förderkurs in den Ferien wegen modularer Oberstufe
- Erarbeitung eines Datenschutzkonzepts für diese Plattform

Antrag Nr. 13

Unterricht, wie sieht's wirklich aus!?

von: Jenő Hajdu

Zur Zeit wird der Unterricht unserer Lehrpersonen durch Landesinspektionen kontrolliert. Doch durch Ankündigungen haben die Lehrpersonen die Möglichkeit ihren Unterricht perfekt vorzubereiten, sodass die sonst so langweiligen Unterrichtsstunden zum Highlight des Tages werden.

Durch häufigere und unangekündigte Inspektionen würde man sehen, wie gut sich die Lehrpersonen tatsächlich vorbereiten und wie unser Unterricht gestaltet wird - aus diesem Grund sind unangekündigte Inspektionen wesentlich effektiver.

Die Folgen wären ein konstruktiver und abwechslungsreicher Unterricht, da die Lehrpersonen jederzeit mit Kontrollen rechnen und sich dadurch besser vorbereiten müssen.

Ich bin der Meinung, dass sich dadurch das Niveau und der Unterricht erheblich verbessern und wir Schülerinnen und Schüler davon profitieren würden.

Forderungen

- unangekündigte Schulinspektionen
- mindestens 2-3x im Jahr
- pflichtgemäße pädagogische Ausbildung der Lehrpersonen

Antrag Nr. 15

Verlängerung der Familienbeihilfe

von: Johanna Reuter

Im Rahmen der Budgetsanierung 2011 wurde die Familienbeihilfe gekürzt. Unabhängig vom gewählten Schultyp wird diese jetzt bis zum vollendeten 24. Lebensjahr ausbezahlt.

Vom Staat sollte versichert werden, dass die gesamte Ausbildungszeit (mit vollständigem Studium) finanziell ermöglicht wird. Um dieses zu gewährleisten ist es notwendig den Schultyp zu berücksichtigen. Ansonsten haben vor allem BHS SchülerInnen einen erheblichen Nachteil. Aufgrund der längeren Schulzeit brauchen diese ein Jahr länger, um die Ausbildung zu absolvieren. Genau so im Nachteil sind Jugendliche, welche ihren Dienst der Gesellschaft anbieten und für ein Jahr freiwillig arbeiten, auch diese sollten berücksichtigt werden.

Forderungen

- 1 Jahr längere Familienbeihilfe für alle 5 jährigen Schulen
- 1 Jahr längere Familienbeihilfe für Schüler_innen, welche ein freiwilliges soziales Jahr nach der Matura absolvieren.

Antrag Nr. 16

Demokratie in der Schule

von: Sophia Christall

Demokratiebewusstsein ist in unserer Gesellschaft wichtig. Mitbestimmung sollte alle unsere Lebensbereiche durchfluten, damit wir uns mit Entscheidungen, die getroffen werden, auch identifizieren können.

Demokratie sollte in unserem Schulsystem und vor allem in der SchülerInnenvertretung eine höchst zentrale Rolle spielen, um wichtige Entscheidungen im Gremium aller SchülerInnen zu fällen und mit breiten Mehrheiten zu argumentieren. Faire Behandlung, Partizipation und funktionierende Mitbestimmung in unserem Schul- und Lebensalltag sind nötig, um SchülerInnen in aktive politische Prozesse zu integrieren und Politik wieder spannend zu machen.

Die Schule als Teil der Gesellschaft soll uns auf das spätere Leben vorbereiten – also müssen auch demokratische Werte vermittelt werden. Der reale Schulalltag ist allerdings im Gegensatz dazu gekennzeichnet von „Drüberfahren“ und Ignoranz unseren Interessen gegenüber. Weder werden wir bei der Lehrplangestaltung miteinbezogen, noch bei DirektorInnenbestellungen oder dem Stattfinden von Exkursionen.

Es hängt vom guten Willen der Lehrpersonen ab, inwiefern wir unsere Anliegen und Meinungen einbringen können. Dabei darf es aber nicht bleiben: wir wollen eine Schule der Mitbestimmung!

Forderungen

- Abhaltung von SchülerInnenvollversammlungen bei wichtigen Entscheidungen, die die weitere Entwicklung der Schule bestimmen (z.B. DirektorInnenbestellung, Schulzweigneuordnung usw.)
- Die Wahl von Unterstufensprecher_innen an der Unterstufe und Schulsprecher_innen an der Hauptschulen
- Verpflichtende Durchführung von Klassenräten bei der Lehrplangestaltung
- SchülerInnenvollversammlung zu Klassensprechersitzungen